

Pressemitteilung - 19. August 2023



Pressemitteilung der Kampagne „investieren statt kaputtsparen“ gegen drastische Kürzungen im Zuwendungsbereich bei den Freien Trägern der Stadt Hannover

WAS SAGT DAS LAND WIRKLICH?

Kämmerei und politisch Verantwortliche der Landeshauptstadt Hannover werden nicht müde, die geplanten - unsozialen und existenzbedrohenden - Kürzungen bei "freiwilligen Leistungen" mit einem angeblichen Spardiktat des Landes Niedersachsen zu begründen. Ein Schreiben der Kommunalaufsicht legt nahe: Den Zwang, die derzeit in Rede stehenden Einsparungen zu beschließen, hat es nicht gegeben. Betroffene Initiativen üben scharfe Kritik an den Entscheidungen der hannoverschen Politik.

Seit unserer Kundgebung am 14. Juni 2023 vor dem Neuen Rathaus treffen sich über 100 Vertreter:innen aus Vereinen und Verbänden aus den Bereichen Jugend und Familie, Sozialbereich, Interkultur, Gleichstellung, Bildung und Kultur.

Wir planen und organisieren für die nächsten Monate weitere Veranstaltungen und Aktionen zu den Kürzungen von 6 Mio Euro im Zuwendungsbereich.

Neu: Wir haben ein gemeinsames Logo und eine weit reichende Kampagne - hier erstmals in der Pressemitteilung zu sehen.

Und wir verfolgen die öffentliche Berichterstattung.

Wir haben uns mit dem Schreiben der Kommunalaufsicht aus dem Innenministerium, der Genehmigung der Stadthaushalte 2023 und 2024 und seinen Kommentaren auseinandergesetzt und kommen zu erstaunlichen Ergebnissen:

1. Die Kommunalaufsicht staunt über die Stadt Hannover

„Von den Möglichkeiten, gemäß §182 Abs. 4 S. 1 Nr. 3 NKomVG zur Bewältigung der Folgen einer epidemischen Lage und nach § 182 Abs. 5 NKomVG zur Bewältigung der Fol-

gen des Krieges in der Ukraine für die kommunale Haushaltswirtschaft (teilweise) auf die Aufstellung eines HSK zu verzichten, wurde kein Gebrauch gemacht.“ (Seite 5 des Berichtes).

Hat die Stadtpolitik darüber beraten und entschieden, diese Möglichkeit nicht in Anspruch zu nehmen?

Hat die Verwaltung die Politik über diese Möglichkeit informiert?

Von allen Seiten wird uns eindringlich eingetrichtert, dass wir nun mal sparen müssen und dass daran kein Weg vorbei geht - das Schreiben aus dem Ministerium spricht eine andere Sprache!

Viele unseren Einrichtungen sind gerade dabei, sich von Coronafolgen zu erholen - mit dem Krieg in der Ukraine und den nach Hannover geflüchteten Menschen stehen in vielen Bereichen neue und mehr Herausforderungen auf der Tagesordnung - neue Menschen, die Unterstützung brauchen.

Drastische Kürzungen in der Daseinsvorsorge sind ein Schlag ins Gesicht der engagierten Haupt- und Ehrenamtlichen und aller Menschen, die unsere Angebote dringend brauchen. Sie führen zu einer sozialen Spaltung und gefährden unsere Demokratie.

2. Bei Kultur und Sport muss mehr gespart werden, lesen wir in den Medien.

Im Bericht zur Haushaltsgenehmigung wird es deutlich: die zusätzlichen Kürzungsvorschläge des Landes beziehen sich nicht auf die Vereine und Verbände im Zuwendungsbereich. Vielmehr wird die Stadt aufgefordert, die städtischen Leistungen im sog. freiwilligen Bereich ebenso in Augenschein zu nehmen wie die der sog. freiwilligen Leistungen im Zuwendungsbereich - eine 10 %ige Kürzung findet sich innerhalb der Verwaltungsausgaben nicht annähernd wieder.

3. Uns geht es aktuell um die Finanzierung der Alltagsarbeit - nicht um notwendige Investitionen!

Wir reden noch gar nicht über Investitionen - wir arbeiten auch in vernachlässigten und renovierungsbedürftigen Häusern und Räumen. Uns geht es darum, überhaupt unsere Alltagsarbeit weiterführen zu können, um die Lebensqualität in der Stadt Hannover für ihre Einwohner:innen aufrecht erhalten zu können.

DESWEGEN KEINE KÜRZUNGEN IM ZUWENDUNGSBEREICH

Kontakt:

Lena Fillies - Stadtjugendring Hannover - lena.fillies@sjr-hannover.de - 0511 8094849
Ingrid Wagemann - Vereinte Kultur Hannover - wagemann@zwischenraum-hannover.de - 0173 6470151